HERZSCHLÄGE

Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen

deutsch - türkisch Nummer 3 Berlin - März 1994

Mit Bomben, Drohungen und Bündnissen

Die Anti-Antifa-Kampagne - Berliner Neonazis mischen mit

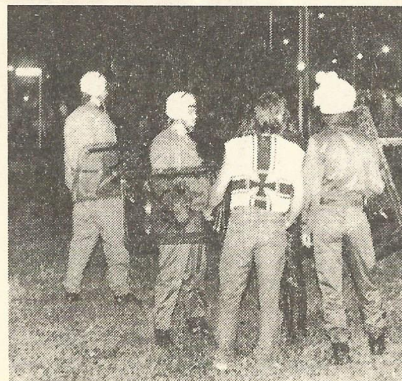
In der letzten Ausgabe der Herzschläge zeigten wir auf, daß der Berliner Staatschutz, der in die „Anti-Antifa"-Aktivitäten verwickelten Deutschen Liga Informationen über AntifaschistInnen zukommen ließ. Im folgenden Artikel soll es nun darum gehen, darzustellen, wer oder was überhaupt diese „Anti-Antifa" ist.

Anti-Antifa-Arbeit ist der augenblickliche politische Schwerpunkt der gesamten Naziszene. Sie arbeiten dabei auf breiter Bündnisebene zusammen. Dieses Bündnis reicht bis zu weiten Teilen der *CDU*.

Aus Angst vor einer Wahlniederlage führt die *CDU/CSU* ihren Wahlkampf mit StaSi-Akten und versucht, sämtliche fortschrittlichen Personen mit der StaSi in Verbindung zu bringen. Zudem beschwört sie mit der Kampagne für 'Innere Sicherheit' den Ruf nach einem starken Staat. Eine, sich angeblich gegenseitig hochschaukelnde Gewaltspirale zwischen Neonazis und AntifaschistInnen, ist als Hetzpropaganda genauso beliebt, wie die Fortsetzung der rassistischen Hatz: Die von *Innenminister Kanther* entdeckte Bedrohung durch "Ausländerkriminalität".

Ab 1987 veröffentlichte die *Bundeszentrale für politische Bildung* Schriften des geistigen Vaters des „Anti-Antifaschismus", *Professor Hans-Helmut Knütter*. Insgesamt hat *Knütter* in über 200 Büchern und Aufsätzen erklärt, daß der Antifaschismus Hauptfeind der Demokratie, und mit den Verbrechen der SED gleichzusetzen sei. *Knütter* geht frei nach dem Motto vor: Wo es keinen Antifaschismus gibt, kann es auch keinen Faschismus geben. Er möchte die warnenden Erinnerungen an die Vernichtungslager vergessen machen. Seine Thesen wurden im bundesdeutschen Mediendschungel oft abgeschrieben. Wiederholt wurde von ihm propagandistisch zum Sturm auf "die Faschismuskeule der Linken" geblasen.

Der *Verfassungsschutz Baden-Württembergs* bietet Seminare für JournalistInnen an, in denen „Anti-Antifaschismus" als reine Notwehr der Nazis gegen angeblichen linken Terror gepriesen wird. Nicht nur, daß verschwiegen wird, daß dieselben Neonazis verantwortlich für tausende von Angriffen, Brandstiftungen und über 60 Morde seit der Vereinigung sind, es wird bewußt Geschichte verfälscht. Seit der Gründung neonazistischer Organisationen in den fünfziger Jahren gehören „Todeslisten" über den politischen Gegner zum Standardrepertoire dieser Gruppen.



Deutsche Liga und Anti-Antifa

Die Mitglieder der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" sind auf mehreren Ebenen in das *Anti-Antifa*-

(Fortsetzung nächste Seite)

AntifaschistInnen weiter in Haft!

Die Mitte November festgenommenen fünf AntifaschistInnen sind immer noch in Haft. Ihnen wird vorgeworfen, am 4. April 1992 ein Treffen von führenden Faschisten in Neukölln überfallen und dort einen faschistischen Funktionär ermordet, sowie einen weiteren schwer verletzt zu haben. Festgenommen wurden bekannte AntifaschistInnen, die öffentlich gegen Rassismus, gegen Nazis und gegen die zunehmende Entrechtung aufgetreten sind. Sie sind aufgestanden für eine selbständige Organisierung der in Deutschland lebenden EmigrantInnen und Flüchtlinge gegen die herrschenden Zustände in diesem Land.

Die zu Anfang verfügten Sonderhaftbedingungen für die inhaftierte 22jährige Kurdin Fatma sind mittlerweile aufgehoben, bei Besuchen ist es jedoch immer noch verboten, sie anzufassen. Die Haftbedingungen der anderen Gefangenen, bis auf Erkan, haben sich normalisiert - soweit man im Knast von so etwas reden kann. Erkan ist von der berüchtigten PN der JVA Tegel auf die geschlossene Abteilung der Karl Bonhoeffer Nervenklinik verlegt worden. Es geht ihm nach wie vor schlecht und wir hoffen, daß die Verlegung seine Situation etwas verbessert.

Von Bahrettin ist uns nun bekannt, daß er die anderen Inhaftierten schwer belastet hat. Wir haben an seinem unsolidarischen Verhalten massive Kritik. Für uns stellt sich jetzt die Frage, wie er mit diesen Aussagen weiter umgeht, d. h., wieweit er in der Lage ist, sich damit selbstkritisch auseinanderzusetzen. Solange nicht geklärt ist, wie er sich den anderen Inhaftierten in Zukunft und beim Prozeß gegenüber verhält, werden wir ihn nicht verurteilen und ihm die Möglichkeit zur Veränderung seines Verhaltens offen lassen.

Die Polizei versucht weiterhin, AntifaschistInnen festzunehmen und schnüffelt herum. Die Ermittlungsmethoden der Polizei stehen mittlerweile im Zwielicht, da sie nicht nur versuchten, durch massive Einschüchterung Aussagen zu erlangen, sondern auch Ermittlungsergebnisse an führende Funktionäre der Deutschen Liga (DL) weitergaben.

Ein Prozeßtermin ist noch nicht abzusehen, es ist in der bis dahin verbleibenden Zeit notwendig, eine große Unterstützung zu schaffen.

Bomben, Drohungen...

Netz der Neonazis eingebunden - mit Bomben und Bündnissen.

Am 5.2.94 explodierte eine Sprengmischung in der Wohnung des Kreisvorsitzenden der *Deutschen Liga* in Lutherstadt-Wittenberg. *Andreas Mattheus* gab in den polizeilichen Vernehmungen an, daß er eine Versammlung der PDS mit ihrem Vorsitzenden Lothar Bisky in die Luft sprengen wollte. Obwohl die Aktivitäten der *DL* in Wittenberg öffentlich bekannt sind, ließ die Polizei verlauten, daß kein politischer Hintergrund vorliege. Der PDS wurde geraten, davon abzusehen, die Hintergründe dieses Attentatversuches öffentlich zu machen. Als dieses Kalkül der Polizei nicht aufging, wurde verharmlost und beschwichtigt.

Der Wittenberger Kreisverband wurde vom Berliner Landesvorsitzenden *Frank Schwerdt* betreut, der wiederum enge Kontakte zu gewalttätigen Neonazis hat; unter anderem zu den Betreibern des Berliner *Anti-Antifa* Postfaches. Die Hauptaktivitäten des Berliner *DL*-Spektrums laufen im *Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk* zusammen. Das *Bildungswerk* macht Veranstaltungen und Schulungen für militante Neonazis aus Berlin und Brandenburg. Die "Lehrer" des *Bildungswerkes* ziehen aus und vermitteln die Ideologie des Faschismus, bzw. seine völkische und rassistische Sichtweise. Sie bezeichnen den Mord in den deutschen KZs als Lüge und rekrutieren junge Neonazis in die Strukturen der organisierten NS-Gruppen.

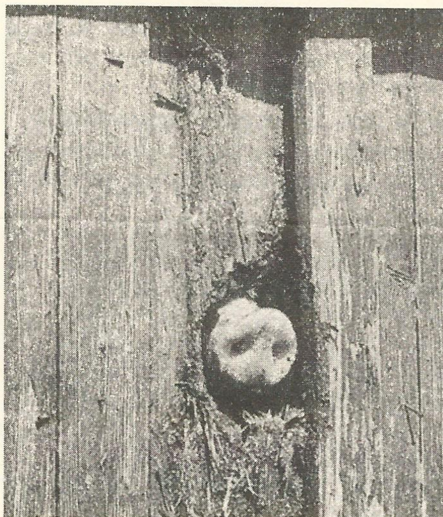
Mitte Dezember 1993 erschien die bundesweite *Anti-Antifa* Zeitung "Der Einblick". Durch die Veröffentlichung von mehreren hundert Adressen von AntifaschistInnen und Demokraten, die gegen den Rassismus Stellung beziehen, löste der "Einblick" ein großes Medienecho aus.

Durch ihre Anzeige in eben diesem "Einblick" demonstrieren die Funktionäre des *DL*-Spektrums in Berlin, daß sie auf Linie sind. Sie betreiben im geforderten Sinne *Anti-Antifa* "als Bindeglied aller konstruktiven Kräfte", wie die Zusammenrottung der Ewiggestrigen dort beschworen wird.

Briefbomben in Österreich

Eine weitere Spur der *Anti-Antifa*-Kampagne führt zu dem Berliner Neonazi *Arnulf Priem*. Der Weddinger *Priem* ist führendes Mitglied der *GdNF* und einer der Einheizer der *Anti-Antifa*-Aktionen in Berlin. Der Ex-Vorsitzende der verbotenen *Deutschen Alternative Berlin* ist seit Jahren einer der Drahtzieher faschistischer Gewalt. Er nahm zusammen mit dem Hamburger Neonazi *Christian Worch* an der Hitler Geburtstagsfeier am 17.4.1993 in Mainz teil, zu der auch Kader der dänischen Nazis von der *DNSB* geladen waren. Auf diesem Treffen wurden die letzten Formalitäten besprochen, damit der "Einblick" über das Postfach der *DNSB* im dänischen Randers vertrieben werden konnte.

Priem veröffentlichte nicht nur den ersten, recht stümperhaft gemachten Aufruf zur *Anti-Antifa* in der Stadt, seine Wege führen auch zu den österreichischen Briefbombenattentätern. Zeugen bestätigten unabhängig voneinander, daß sie *Priem* am 5. Dezember 1993 in Wien gesehen hatten. Dort erreichten gerade die



ersten Briefbomben ihre Adressaten und fünf ÖsterreicherInnen wurden teilweise schwer verletzt. Die Opfer waren unter anderen ein antirassistischer Pfarrer, eine Journalistin und der Wiener Oberbürgermeister Zilk. Absender waren Neonazis aus der Alpenrepublik, die derselben Organisation angehören, wie die Autoren des "Einblick".

Dabei bemühten sich die politisch und polizeilich Verantwortlichen von Anfang an, die Neonazis nicht als mögliche Täter in Betracht zu ziehen. Der Innenminister ging sogar so weit, auf mögliche Täter aus Kreisen der autonomen Antifa zu verweisen.

Durch die Festnahme des Hauptverdächtigen *Peter Binder*, der mit einem Auto voll Waffen und Sprengstoff auf dem Weg nach Berlin von der tschechischen Geheimpolizei festgenommen wurde, war die Polizei gezwungen, gegen die Nazis zu ermitteln. Dabei wurde das größte Waffenlager der Nachkriegszeit in Österreich gefunden und weitere Kader der *GdNF* wurden festgenommen.

Zusätzliche Ermittlungen kamen nur zustande, weil engagierte AntifaschistInnen und JournalistInnen nicht locker ließen.

Innerhalb der österreichischen Polizei gibt es Einheiten, die offen mit Neonazis sympathisieren und in denen Neonazis organisiert sind. Ein Offizier dieser Einheiten fungierte beispielsweise als Ausbilder der Nazi-Truppe *VAPO*.

In Deutschland mehren sich die Hinweise, daß Teile des Sicherheitsapparates enger mit Nazistrukturen zusammenarbeiten. Die Tatenlosigkeit der Polizei und des Sicherheitsapparates angesichts der rassistischen Hatz in Deutschland spricht an sich eine deutliche Sprache. Die Ereignisse in Rostock im Herbst 1992 legen ein beredtes Zeugnis ab.

Nach der Veröffentlichung des "Einblicks" Mitte Dezember 1993 ging ein Aufschrei durch die Presse und die Bundesanwaltschaft startete Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Während die Polizei scheinbar im Nebel stocherte und selbst offensichtlichen Hinweisen auf die Hersteller der Zeitung nicht nachging, legten AntifaschistInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet der Presse zahlreiche Fakten vor, die auf die Hersteller des "Einblick" hinwiesen. Durch Nachfragen und öffentliches Aufsehen unter Druck geraten, mußte die Polizei handeln. Nachdem der Wiesbadener Neonazi *Stefan Cumic* festgenommen war, folgten Durchsuchungen, in deren Folge eine Druckerei ausgehoben und der Verfasser sowie andere Beteiligte festgenommen wurden. Die Sicherheitsbehörden verschwiegen in ihren Stellungnahmen an die Presse den Namen des Hauptbeschuldigten *Norman Kempken* und gaben Fehlinformationen heraus. Erst nachdem AntifaschistInnen die Presse informierten, bestätigten die Behörden den Namen. Sie verschweigen aber weiterhin den neonazistischen Hintergrund *Kempkens*. Es sieht alles danach aus, als solle er geschützt werden.

Es ist zu vermuten, daß in dem Rahmen dieser skizzierten Zusammenarbeit, der *Berliner Staatsschutz* Informationen an die *Deutsche Liga* weitergegeben hat.

Polizei und Justiz contra antifaschistischem Widerstand

In Berlin wird es in den nächsten Monaten zum wahrscheinlich brisantesten Prozeß gegen AntifschistInnen in der Nachkriegsgeschichte der BRD kommen. Wer da aber glaubt, daß dieser Prozeß eine Ausnahmeerscheinung darstellt, der/die irrt. Zur Zeit finden in diesem Land eine ganze Reihe von Prozessen gegen AntifaschistInnen statt oder sind in Vorbereitung. Wir haben einige Beispiele zusammengetragen:

- In Kassel stehen sechs von insgesamt vierzehn angeklagten AntifaschistInnen aus dem Raum Arolsen vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, den Neonazi Thomas Kubiak im Vorfeld der Rudolf-Heß-Gedenkdemonstration in Fulda am 14. August 1993 in "gemeinschaftlicher Tat" schwer verletzt zu haben. Kubiak gehört zum Führungskader der "Sauerländischen Aktionsfront", einer Vorfeldorganisation der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) um den Hamburger Neonazi Ch. Worch. Acht der betroffenen Antifas wird Landfriedensbruch, den anderen sechs werden Körperverletzung, Nötigung, Sachbeschädigung und schwerer Landfriedensbruch zur Last gelegt. Aufgrund umfangreicher Aussagen fast aller AntifaschistInnen hat die Verteidigung einen schlechten Stand.
- In Pinneberg läuft zur Zeit eine Verhandlung gegen sechs türkische Jugendliche aus Hamburg. Am 2.Dezember 92 war es vor der Geschäftsstelle der Faschistenpartei FAP in Halstenbek zu Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf zwei FAP'ler und ein Auto demoliert wurden. Die Staatsanwaltschaft wirft den Sechs nun Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und schwere Körperverletzung vor. Die zugelassene Nebenklage in diesem Prozeß gegen die Jugendlichen vertritt ein führender Funktionär der NS-Bewegung und Rechts-Anwalt: Jürgen Rieger.
- In Göttingen ermittelt das LKA gegen die Autonome Antifa wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" (129a).
- In Mainz wurde am 6. Januar 1993 ein Treffen der verbotenen "Deutschen Alternative" massiv behindert. Im Verlauf von Auseinandersetzungen wurden zwei Autos der Nazis demoliert und mehrere Faschisten verletzt. Die Polizei hatte das Treffen der verbotenen Partei nicht verhindert. Um so nachdrücklicher fahndete sie mit Strassensperren nach AntifaschistInnen. Dreieinhalb Stunden nach dem Ereignis fuhr ein Wiesbadener Antifaschist in eine solche Strassensperre und wurde verhaftet. Ihm wird der Prozeß gemacht.



- Am 1. Mai 1993, dem Vorabend des 60. Jahrestages der Zerschlagung der Gewerkschaften, veranstaltete die FAP in Berlin-Lichtenberg unter Polizeischutz eine Demonstration. Ungefähr 30 Gewerkschafter, die auf der DGB-Kundgebung davon erfuhren, zogen nach Lichtenberg, um dagegen zu protestieren. Die Polizei machte den Faschisten die Strasse frei und nahm dabei Hans Köbrich, IG-Metaller und Betriebsrat bei BMW, fest. Ihm wird "Körperverletzung und Widerstand in einem besonders schwerem Fall" vorgeworfen. Darüberhinaus wird ihm vorgeworfen, "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" und "Nie wieder Krieg" gerufen zu haben.
- Ebenfalls in Berlin wurde im November 1992 ein 29jähriger türkischer Mann wegen Verunglimpfung der BRD zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt. Der Mann hatte im Juni unter dem Eindruck der Morde von Solingen als Sympathisant einer linken türkischen Organisation in Kreuzberg Flugblätter in türkischer Sprache verteilt, in denen die BRD als "Mörder-Deutschland" bezeichnet, und dem bundesdeutschen Staat aktive Zusammenarbeit mit Faschisten vorgeworfen wurde.

Soweit einige von vielen Beispielen prozessualer Verfolgung von AntifaschistInnen. Antifaschistische Aktivitäten, die über das symbolische Halten einer Kerze hinausgehen und die sich direkt in die Verhinderung faschistischer Umtriebe einmischen, werden engagiert von Politikern, Polizei und Justiz verfolgt. Dahinter ist die Absicht zu vermuten, antifaschistischen Widerstand generell zu kriminalisieren und damit auch zu isolieren. Denn ein radikaler Antifaschismus thematisierte immer auch die Verbindungen von bundesdeutschem Staat und Faschismus.



Gefangene freuen sich über Post!

Fatma Balamir	BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Ollbricht-Damm 17,
Mehmet Ramme	BuchNr.: 5436/3 UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin
Abidin Eraslan	BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Adresse wie oben
Erkan Sönmez	Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

Bahrettin hat durch seinen Anwalt erklären lassen, daß er keine Post haben möchte und auf jede Solidarität von uns verzichten will.

Erklärung der Antifaschistischen MigrantInneninitiative "Antifaşist Gençlik Komitee"

Gegen die Kriminalisierung der antifaschistischen MigrantInnenbewegung

Neben dem UnterstützerInnenkreis, der von Deutschen dominiert wird, hat sich am 22. Januar 1994 ein bundesweites Migrantenkomitee zur Unterstützung der gefangenen und verfolgten Antifas gegründet. Das Komitee nennt sich "Antifaşist Gençlik", um seine Identifizierung mit den inhaftierten FreundInnen im Selbstverständnis der Selbstorganisierung zu demonstrieren. Wir sahen es insbesondere als notwendig an, eine *eigenständige* MigrantInnen-Unterstützungsinitiative zu gründen.

Die Notwendigkeit erklärt sich auch aus unseren besonderen und "anderen" Stellung hier in dieser Gesellschaft. So wie wir grundsätzlich die Selbstorganisierung von MigrantInnen vorantreiben wollen, sehen wir auch die Wichtigkeit, innerhalb des UnterstützerInnenkreises eine eigene, unsere Positionen berücksichtigende Solidaritätsarbeit zu leisten.

Seit Jahrzehnten werden MigrantInnen und Flüchtlinge von der Politik der Regierung und der deutschen Parteien ausgegrenzt und mittlerweile dem rassistischen Mob auf der Strasse als Angriffsziele angegeben. Seit 1989 sind mehr als 60 Morde an MigrantInnen, Flüchtlingen, Behinderten, Obdachlosen und AntifaschistInnen begangen worden. Seit 1989 gab es mehr als 1000 gewalttätige Angriffe und Brandstiftungen von Neonazis und militanten Rassisten. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Menschen von Rassisten und Faschisten angepöbelt, angegriffen und ermordet werden. So sieht unsere Realität in der deutschen Gesellschaft aus. Um dieser rassistischen deutschen Realität etwas entgegenzusetzen, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns zusammenzuschließen. Zusammenschließen heißt für uns, aktiver Kampf gegen Faschisten und Rassisten. Unsere unabhängige, selbstständige politische Tätigkeit ist ihnen schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Das gilt speziell, wenn MigrantInnen eingreifen, um dem rassistischen Alltag und dem Naziterror etwas entgegenzustellen. In diesem Zusammenhang stehen die Verhaftungen der fünf türkischen und kurdischen Antifas. Hier wird anhand von dubiosen Ermittlungspraktiken eine Mörderbande konstruiert. Mit dem Vorwurf des Mordes soll mit aller Härte des Repressionsapparates jeglicher Widerstand ausgelöscht werden.

Für uns bedeuten Angriffe auf Nazis und ihre Nester keine Revolutionsromantik, sondern *Überlebenspraxis*. Eine andere Wahl wird uns nicht zugestanden; weder durch die Polizei, die den Mob schützt und marschieren läßt, noch durch die Justiz, die sie mit lächerlichen Strafen laufen läßt, noch durch die deutschen PolitikerInnen, die ihre Taten legitimieren. Für die Nazis und ihren Anhang organisieren sie nach den Angriffen auf uns sozialpädagogische Urlaubsreisen nach Israel oder in die Türkei. Für die also "die Therapie" und für uns die Gefängnisse. Das ist die deutsche Realität.

Die Verhaftungen und die Art und Weise, wie der Staatsschutz die Ermittlungen führt, zeigt uns deutlich, daß hier die antifaschistische Bewegung von MigrantInnen kriminalisiert und ausgelöscht werden soll. Wir sehen uns vor die Existenzfrage gestellt. Wir werden vor die Wahl gestellt, entweder vor der Repression zurückzuweichen und uns einschüchtern zu lassen, oder kriminalisiert zu werden.

Doch dies lehnen wir ab. Wir werden diese Repressionen und Einschüchterungsversuche des Staates und seiner Organe überwinden und unseren antifaschistischen und antirassistischen Kampf fortführen.

-Offensiv gegen die Abschreckungsmethoden der Bullen und des Staatsschutzes vorgehen

-Versuch, eine langfristige Migrantinnenbewegung aufzubauen, die sich entschlossen gegen den Druck der Staatsorgane, gegen Rassenhaß und Diskriminierung stellt

-Unsere Entschlossenheit am 20. April auf der Straße demonstrieren.

Das du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte und gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben. Unsere türkisch/kurdischen FreundInnen sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker
Stichwort "Antifa"
Kto.-Nr.: 240 297 679
Sparkasse Berlin
BLZ: 100 500 00



Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin. Telefon & Fax: 251 05 91

Das Büro ist jeden Donnerstag von 15-18 Uhr für Interessierte und UnterstützerInnen geöffnet.

Bisher sind knapp 20.000 DM auf das Konto eingegangen. Ein großes Dankeschön von den Gefangenen. 5000 DM davon sind für sie schon ausgegeben worden. Benötigt werden aber ca. 80.000 DM (vorsichtig geschätzt). Es gibt also viel zu tun.

Infos/Termine

Solidaritätsveranstaltung für die inhaftierten AntifaschistInnen

am: **18. März 1994**, im: **KATO** (U-Bhf. Schlesisches Tor)
um: **19 Uhr**, mit: **5 DM Eintritt**

Anschließend Fete mit Tanz und Livemusik.
VeranstalterInnen: Musikgruppen ADALILAR und YANKI
Demokratischer Studentenbund

Widerstand gegen Rassismus und Faschismus gemeinsam und überall!

- Die Vorbereitungsgruppe zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes trifftbsich jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Kreuzbüro.
- Das öffentliche UnterstützerInnentreffen findet jeden Donnerstag, 19 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, statt.
- VerteilerInnen der "Herzschläge" können dieselbigen im EX (Mehringhof) und im Buchladen O21 (Oranienstr. 21) abholen. Bitte dort hinterlassen, wo wieviele verteilt werden. Danke.

V.i.S.d.P.: G. Schulz, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

YÜREKATIŞI

ANTIFASISTLERIN KRIMINALIZESINE KARŞI HABERBÜLTENI

ALMANCA - TÜRKCE SAYI 3 Berlin - MART 1994

Berlin Polisinde Irkcılık

Berlin Polis teşkilatı ırkçılık suçlamaları ile her karşılaşmasında yöneticileri bir *„Hukuk devletinde“* olması gerektiği gibi suçlamalara neden olan olayları araştırmak yerine olayları örtbas etmeye çalışıyorlar. Yöneticiler polis-teşkilatında ırkçı olmayan bir ortam yaratmak, ırkçılık yapan memurları görevden uzaklaştırmak yerine suçlamaları herseferinde örtbas etmekle güvensizlik yaratıyorlar.

Polis uzmanlarının tesbitide Berlin Polis-teşkilatinda birçok ırkçı polisin görevli olduğu yolunda. Yarattıkları skandallarda bu tesbiti doğruluyor. Örneğin eğitim-birimlerinde Nazi marşı „Horst Şessel Lied“ ' in söylenmesi,yada yabancı insanların kötu muameleye tabi tutulması gibi. Bu tür ırkçı olayların kamuoyuna yansıdığı ve tepki oluşturduğu dönemlerde ise yapmak zorunda kaldıkları soruşturmalar, kamu tepkisi büyük olmaz ve devam etmezse genellikle yargılama aşamasına gelmeden kapatılıyor, kapattırılıyor.

Birkaç Örnek

*1992 yılında Berlin Polis- teşkilatı memurları hırpalanan, kötü muamele gören yabancı gençlere şikayetçi olmaları halinde sivil polisler tarafından bayılıncaya kadar dövülüyor. 900 Markının çalınmasının yanısıra, doktora tedavi ettirilmiyor. Adam yarala-



"Ailelerinin sınırdışı edileceğini" söylüyor. Gençler şikayetçi ol(a)muyorlar.

*16.9.92' de Vietnam'li bir göçmen kimliklerini göstermeyen mak, özgürlük kısıtlamak'tan dolayı memurları şikayeti ise "Devlet memuruna mukavemet etti" gerekçesi ile rededilyor.

*24. 10. 92' de Etopya'lı göçmen

AntifaschistInnen weiter in Haft!

Die Mitte November festgenommenen fünf AntifaschistInnen sind immer noch in Haft. Ihnen wird vorgeworfen, am 4. April 1992 ein Treffen von führenden Faschisten in Neukölln überfallen und dort einen faschistischen Funktionär ermordet, sowie einen weiteren schwer verletzt zu haben. Festgenommen wurden bekannte AntifaschistInnen, die öffentlich gegen Rassismus, gegen Nazis und gegen die zunehmende Entrechtung aufgetreten sind. Sie sind aufgestanden für eine selbständige Organisierung der in Deutschland lebenden EmigrantInnen und Flüchtlinge gegen die herrschenden Zustände in diesem Land.

Die zu Anfang verfügten Sonderhaftbedingungen für die inhaftierte 22jährige Kurdin Fatma sind mittlerweile aufgehoben, bei Besuchen ist es jedoch immer noch verboten, sie anzufassen. Die Haftbedingungen der anderen Gefangenen, bis auf Erkan, haben sich normalisiert -

Fortsetzung auf Seite 2

soweit man im Knast von so etwas reden kann. Erkan ist von der berüchtigten PN der JVA Tegel auf die geschlossene Abteilung der Karl Bonhoeffer Nervenklinik verlegt worden. Es geht ihm nach wie vor schlecht und wir hoffen, daß die Verlegung seine Situation etwas verbessert.

Von Bahrettin ist uns nun bekannt, daß er die anderen Inhaftierten schwer belastet hat. Wir haben an seinem unsolidarischen Verhalten massive Kritik. Für uns stellt sich jetzt die Frage, wie er mit diesen Aussagen weiter umgeht, d. h., wieweit er in der Lage ist, sich damit selbstkritisch auseinanderzusetzen. Solange nicht geklärt ist, wie er sich den anderen Inhaftierten in Zukunft und beim Prozeß gegenüber verhält, werden wir ihn nicht verurteilen und ihm die Möglichkeit zur Veränderung seines Verhaltens offen lassen.

Die Polizei versucht weiterhin, AntifaschistInnen festzunehmen und schnüffelt herum. Die Ermittlungsmethoden der Polizei stehen mittlerweile im Zwielicht, da sie nicht nur versuchten, durch massive Einschüchterung Aussagen zu erlangen, sondern auch Ermittlungsergebnisse an führende Funktionäre der Deutschen Liga (DL) weitergaben.

Ein Prozeßtermin ist noch nicht abzusehen, es ist in der bis dahin verbleibenden Zeit notwendig, eine große Unterstützung zu schaffen.

bir kadın bir mağazanın dedektifi tarafından hırsızlıkla suçlanarak, cinsel tacize uğruyor. 5-7 civarında polis memuru tarafından karokola götürüldükten sonra dövülüyor, hakarete uğruyor. İfadesi alınırken istifra etmesinden dolayı tekrar hakaret ve kötü muameleye tabi kalarak merdivenlerden aşağıya itiliyor. Yetkili dairenin yetkilerini kötüye kullandığı gerekçesi ile şikayette bulunması üzerine yanlış suçlamadan dolayı kendisine karşı soruşturma açılıyor

*19.1.1993'de Berlin-Buch'daki pazar yerinde aşırı-sağcı görüntüsüne sahip 10-15 kişi Vietnam'lılara baskın yapar. Baskını düzenliyenlerin neo-naziler değil, sivil-polis memurları oldukları sonradan ortaya çıkar. Baskın sırasında Vietnam'lı bir kadın bayıltılıncaya kadar dövülür ve duvara çarpılır. Polisin vahşi ve ırkçı hareketlerine karşı çıkan vatandaşlara ise Polisi "çalışma" esnasında rahatsız etmemeleri uyarısı yapılır. Vietnam'lı kadın Buch hastanesine kaldırılmasına rağmen hemen polisler tarafından karakola alınır.



*26.4.93 İşkence tedavi merkezinde tedavi gören Lübnan'lı bir işkence kurbanına karşı vahşi polis saldırısı. Ailenin bütün erkekleri Lübnan'da ağır işkence görmüşlerdir. Berlin'e geldikten sonra özel bir işkence tedavi hastanesinden evlerine kaçan oğullarını geri götürmek için aile polisten yardım ister. Bunun üzerine 20 polis memuru gece yarısı evi basar, hasta oğulun üstüne çullanıp, ellerini kelepçelerler. Davranışlarının yanlış olduğunu ve ailenin özel durumunu dikkate almaları gerektiğini söyleyen komşu polislerce evden atılır. Polisin "yardımını" gören ve kendiside işkence kurbanı olan baba gördüklerinden sonra hastaneye kaldırılmak zorunda kalınır.

*3.8.93 Genç bir türk erkeği ziyarete geldiği arkadaşlarının kapısı önünde, nedensiz olarak tutulur ve kimliği sorulur. Kimliğinin yanında olmadığını söylemesi üzerine elleri kelepçelenir. Yere yatırılır ve şahitlerin ifadelerine göre birçok polis tarafından kafası yerlere vurularak dövülür. Ernst-Reuter Platz'daki karakola götürülürken, şiddet ve hakaret yoldada devam eder. Kendisi ağır yaralanmasına, bundan dolayı işkence-kurbanları tedavi merkezinde tedavi görmesine rağmen hakkında "Devlet gücüne karşı koymaktan" dolayı işlem yapılır. Yukarıda sıraladığımız örnekler oldukça sınırlı.

Berlin polisinin ırkçı davranışlarına ve yöneticilerin gözyuman, örtbas eden davranışlarına ilişkin daha birçok örnek sıralanabilir. Polislerin bu davranışlarından dolayı özellikle yabancılar arasında Polise duyulan güvensizlik şaşırtıcı olmasa gerek. Hele bu polis teşkilatında görev yapan memurlardan birçoğunun faşist ideolojiye sempati duyması (1989 Seçimleri %50 oy-REP'e görevli polis birimlerinden) endişe vericidir. Bu görüşteki ve davranıştaki polislerin yer aldığı bir teşkilat tabiki ırkçı saldırılara maruz kalanların güvenliğini sağlayamaz.

Antifaşistlere Karşı Yapılan Yargımalar

Önümüzdeki aylarda Berlin'de savaş sonrası Federal Almanya Cumhuriyeti tarihinin antifaşistlere karşı en önemli hukuk davası/yargılaması gündeme gelecek. Bu davanın bir istisna olduğunu düşünenler ise yanılıyorlar. Çünkü bu dönemlerde bu ülkede antifaşistlere karşı birçok dava/yargılama sürüyor yada hazırlanıyor.

Bu davalardan bir kısmını kısaca sıralıyalım:

* Kassel' de toplam 14 sanıktan altısı (Arolsen bölgesinden) yargılanıyor. Kendilerine yöneltilen suçlama; 14. Ağustos 1993'deki Fulda'da yapılan "Rudolf-Heß Marşı" esnasında neonazi Thomas Kubiak'ı toplu olarak yaralamaları. Kubiak neo-nazi şefi Ch. Şorch' un örgütü GdNF' ye bağlı olarak çalışan "Sauerlandischen Aktionsfront" örgütlenmesinin önder kadrolarından birisidir. Yargılanan antifaşistlerden sekizine kamu huzurunu bozmak diğer altısınada bu suçlamanın yanısıra ağır-yaralama, maddi hasar yaratmak ve zorlamak suçlamaları yöneltiliyor. Verilen ifadelerden dolayı başarılı bir savunma şansı çok az.
* Pinneberg'de Hamburg'lu altı türk gencine karşı hukuki-yargılama sürüyor. Gençlere yöneltilen suçlama kamu-huzurunu bozmak, maddi hasar yaratmak ve ağır yaralamadır. Gençlerin yargılanmasına yol açan olay ise 2. Aralık 1993'de Halstenbeck'deki FAP parti bürosunun önünde çıkan kavgada 2 FAP'lı ve bir arabanın tahrip edilmesidir. Gençlere karşı müdahil olarakta duruşmalara neo-faşist avukat Jürgen Rieger katılmaktadır.
* Göttingen'de LKA otonom-antifaşistlere karşı „Terörist örgüt oluşturmak" (129 a) iddiasıyla soruşturma yürütmektedir.
* Mainz'da 6. Ocak 1993' te yasaklanmış bir örgüt olan „Deutsche Alternative" buluşma-toplantısı düzenler. Buluşma antifaşistler tarafından engellenmeye çalışılır ve çıkan kavgada iki araba tahrip olur, birçok faşist yaralanır. Polisler ise yasaklanan DA'nın gösterisini engellemek yerine antifaşistleri aramaya başlarlar. Olaydan üçbuçuk saat sonra Şiesbaden'li bir antifaşist tutuklanır. Savcılık ve Mainz Polisi soruşturma yürütmekte, kendisi hala hapishanede bulunmaktadır.



* 1. Mayıs. 1993'de (Bu tarih aynı zamanda Naziler tarafından sendikaların dağıtılmasınında 60. yıldönümüdür) FAP Polis koruması altında Berlin-Lichtenberg'de bir yürüyüş düzenler. DGB mitinginde bunu duyan yaklaşık 30 sendikacı bunu protesto etmek için Lichtenberge giderler. Faşistler için caddeleri serbest bırakan polisler, protesto için gelen sendikacıları tutuklar. Bunlardan biriside BMŞ'de işçi temsilcisi olan, İG-Metal sendikacısı Hans Köbrich'tir. Kendisi „yaralama ve güvenlik güçlerine karşı mukavemetten" (Alman polisleri-korur faşistleri ve Kahrolsun savaş diye bağırmasından dolayıdır) suçlanmaktadır.
* Kasım 1992'de 29 yaşında bir türk erkeği Federal Almanya Cumhuriyetinin şeref ve haysiyetine leke sürmek, adını kötüye çıkarmak suçlaması ile bir yıl hapis cezasına çarptırıldı. Cezalandırılmasına yol açan olay haziran ayında Solingen'deki cinayetten dolayı Kreuzberg'de bildiri dağıtması ve bildirinin içerisinde F. Almanya Cumhuriyetinin „Katil Almanya" tanımlamasının yanısıra, Alman devletinin faşistlerle beraber çalıştığı ibaresinin yer almasıdır.

Bu örneklerdede görülebileceği gibi mumlu protestoların dışına taşan hertürden antifaşist eylem Politikacılar - Polis ve Hukuk tarafından soruşturmaya uğramaktadır. Bu davranışın arkasında yatan gerçek neden ise devlet ve neo-faşistlerin ilişkilerini sorgulayan antifaşist direnişi toplumdan izole etmek ve sindirmektir.

Gefangene freuen sich über Post!

Fatma Balamir
BuchNr.: 950/93/8,
JVA Frauen,
Friedrich-Ollbricht-Damm 17,

Mehmet Ramme
BuchNr.: 5436/3
UHA Moabit,
Alt-Moabit 12a,
10559 Berlin

Abidin Eraslan
BuchNr.: 5455/93,
UHA Moabit,
Adresse wie oben

Erkan Sönmez
Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik,
Oranienburgerstr. 285,
13437 Berlin

Bahrettin hat durch seinen Anwalt erklären lassen, daß er keine Post haben möchte und auf jede Solidarität von uns verzichten will.

Antifaşist göçmenler inisiyatifi „Antifaşist Gençlik Komite“ sinin açıklaması

Antifaşist göçmenler hareketini yasaklama çabasına karşı

22 Ocakta tüm Almanya çapında, tutuklanan ve aranan Antifaşistleri destekleyen "Göçmenler komitesi" kuruldu. Bu komite tutuklananlara destek verebilmek için ve Almanya'da yaşayan yabancıların kendi kendilerine örgütlenmelerinin gerekliğini anlatmak için, kendisine bu adı verdi. Bu toplumdaki yabancıların özel konumu örgütlenmeyi gerektiriyor. Biz, göçmen hareketini canlandırmanın yanı sıra bu dayanışma çevresinin içinde kendi görüşlerimizi ortaya koyarak dayanışmamızı göstermek istiyoruz. Yıllardır göçmenler ve ilticacılar Alman devleti ve siyasi çevresi tarafından bütün olumsuzlukların sorumlusu olarak kamuoyuna ve ırkcılara saldırı hedefi olarak gösteriliyorlar. 1989 bu yana göçmenlerin ilticacıların ve Antifaşistlerin kurban gittiği 60 tane cinayet, ırkcılar tarafından işlendi. Irkcılar ve Neonaziler tarafından 3000'den fazla kundaklama ve şiddet saldırısı yapıldı. Yabancıların harekete, saldırıya uğramadığı ve öldürülmediği bir gün geçmiyor.

Almanya' da yaşadığımız gerçekler bunlar. Bu acı gerceklere karşı mücadele etmek için biraraya gelmemiz gerekiyor. Biraraya gelelim derken, faşistlere ve ırkcılara aktif mücadeleyi kastediyoruz. Bizim bağımsız politik çalışmamız Alman devletinin gözüne her zaman batıyordu ve halen batmakta.

Bu durum daha çok göçmenlerin ırkcılara ve faşistlere karşı aktif bir direnişe girdiklerinde belirginleşiyor. Bu başlamda beş türk ve kürt Antifaşistinin tutuklanmaları. Berlin devlet koruma teşkilatı yetersiz ve sacma delillere dayanarak, bu insanları adam öldürmekle suçluyor. Suçlamaların amacı nazi terörüne karşı mücadele eden antifaşist örgütlere darbe indirmek, bunları yoketmekdir.

Bizim için nazilere karşı yapılan her türlü direniş yaşam ve ayakta kalma mücadelesidir. Varlığımızı koruya bilmek için, elimizdeki bütün imkanlarla nazi terörüne karşı mücadele etmekten başka hiç bir seceneğimiz yoktur.

Polis ırkcı saldırganları koruyup, onlara gelişme imkanlar yaratıyor. Yargı organları bunları hafife alıp caydırıcı ceza vermekten kaçınıyor. Politikacılar da verdikleri kararlarla ırkcı saldırılara ortam yaratıyorlar. Naziler ve ırkcılar yaptıkları saldırılar sonucunda Türkiye ve İsrail'e pedagogik terapiye, bu olaylara karşı gelen antifaşistler ise cezaevlerine gönderiliyor.

Devlet koruma teşkilatının yaptığı tutuklamar ve soruşturmalar bize açıkca antifaşist hareketin adi suçlar gibi ele alınarak yok edilmesinin amaçlandığını gösteriyor.

- **Ama biz sonuçları ne olursa olsun antifaşist ve antiırkcı mücadelemize devam edecegiz.**
- **Devlet ve polis baskısına açık ve kararlı bir mücadele, uzun vadeli yabancı hareketini geliştereceğiz.**
- **Kararlığımızı 20 Nisan'da sokaklarda göstereceğiz.**

Ekonomik Durumu



Tutuklu olan arkadaşların ekonomik durumların kötü olduğunu sanırız söylememize gerek yoktur. Mahkeme masrafları, avukatların masrafları, gazete, dergi bunlarda para ile alınıyor. Düzenli olarak kitleleri olaylar üzerine bilgilendirmede para ile oluyor. Her kez küçük de olsa maddi bir destek de bulunabilir. Ekonomik durumla ilgilenen kücük bir gurubumuz var ve sorularınıza düzenli bir bilgi vermeye hazırdırlar. Düzenli olarak bu kontoya yardımlarınızı yatırabilirsiniz.

Konto: R. Stüker,
Kontonr. 2402976, Sparkasse Berlin Stadt,
BLZ 10050000, Stichwort „ANTIFA"

Infos/Termine

Solidaritätsveranstaltung für die inhaftierten AntifaschistInnen

am: **18. März 94**, im:**KATO** (U-Bhf. Schlesisches Tor)
um: **19 Uhr**, mit: **5 DM Eintritt**
Anschließend Fete mit Tanz und Livemusik.
VeranstalterInnen: Musikgruppen ADALILAR und YANKI
Demokratischer Studentenbund

Widerstand gegen Rassismus und Faschismus gemeinsam und überall!

* Die Vorbereitungsgruppe zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes trifftbsich jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Kreuzbüro.
* Das öffentliche UnterstützerInnentreffen findet jeden Donnerstag, 19 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, statt.
* VerteilerInnen der "Herzschläge" können dieselbigen im EX (Mehringhof) und im Buchladen O21 (Oranienstr. 21) abholen. Bitte dort hinterlassen,wo wieviele verteilt werden. Danke.

V.i.S.d.P.: G. Schulz, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin